

Noch ist Frankreich nicht verloren ! *

Parlamentsauflösung und Neuwahlen in Frankreich, Juni/Juli 2024 – eine politische Einschätzung

- Unser Titel ist dem Beginn der polnischen Nationalhymne nachempfunden: „*Noch ist Polen nicht verloren*“ (Jan Henryk Dąbrowski). Der Text entstand 1797 in den Reihen polnischer Emigranten, die nach den polnischen Teilungen (Kościuszko-Aufstand) in der *Cisalpinischen Republik*, einem napoleonischem Satellitenstaat in Italien, Zuflucht fanden und militärische Verbände von polnischen Freiwilligen zum Schutz dieser Republik und später zur (vergeblichen) Befreiung der Heimat aufstellten.

Die Massenmobilisierungen gegen die *Alternative für Deutschland* (AfD) im Frühjahr dieses Jahres haben bekanntlich weitere starke Zugewinne der Partei bei den kürzlichen Europawahlen nicht verhindert. Im Vergleich zum Rechtsruck im Nachbarland Frankreich aber halten sie sich in Grenzen: dort haben am 9. Juni 2024 fast 40 % der Wähler europaskeptische, rechtspopulistische oder rechtsextreme Überzeugungen zum Ausdruck gebracht. Mit 31,4% der Stimmen erhält Marine Le Pens Partei der „Nationalen Sammlung“ (*Rassemblement national: RN*) mehr als doppelt so viele Stimmen wie die Zweitplatzierte, Regierungspartei *Renaissance* (14,6%). Sie erhöht damit schlagartig die Chancen von Le Pen, sich 2027 im dritten Anlauf bei der Direktwahl des französischen Präsident durchzusetzen.

„Die Macht zum Greifen nahe?“ Eine legitime Frage, die aber bereits jetzt auf Beantwortung drängt, nachdem Präsident Emmanuel Macron unter dem Eindruck des verheerenden Wahlergebnisses noch am 9. Juni überraschend das Parlament aufgelöst und sofortige Neuwahlen angesetzt hat. Verfassungsrechtlich nicht bedenklich, aber *politisch* riskant, lautet der Tenor der öffentlichen Reaktionen. Macrons einsame Entscheidung wirkt sich für „republikanisch“ gesinnte Franzosen destabilisierend aus. Sie löst Irritationen und Ängste aus, das Ergebnis der anstehenden Parlamentswahlen könne dem Land eine „cohabitation“ wider Natur aufzwingen: eine *geteilte* Exekutive, bei der das Staatsoberhaupt und die stärkste Fraktion im Parlament zwei politischen Lagern mit unvereinbaren Identitäten und Zielsetzungen angehören, die die Handlungsfähigkeit der Exekutive stark einschränken.

Die Gründe für den präsidentialen „Coup“ sind nachvollziehbar. Er entspricht dem Kalkül, dass dank der Formierung eines republikanischen Blocks um die Regierungspartei *Renaissance* die Machtbalance im Parlament neu austariert werden kann. Zulauf verspricht man sich aus liberalen und sozial-demokratischen Kreisen der zerstrittenen Linken, deren kurzfristige Allianz (*NUPES*) bei den Parlamentswahlen von 2022 - mit dem Gewinn von 131 von 577 möglichen Sitzen

- am fehlenden Konsens bei der Bildung einer gemeinsamen Fraktion scheiterte. Ebenso rechnet Macron mit Überläufern aus der gespaltenen gaullistischen Partei *Les Républicains (LR)*, die bei den Europawahlen nur noch 7,3% der Stimmen erhält.

Mit seinem Vorhaben zieht der Präsident die Lehren aus den bitteren Erfahrungen der beiden ersten Jahre nach seiner Wiederwahl (2022): ohne parlamentarische Mehrheit kann er Gesetze nur mit Artikel 49.3 der Verfassung durchsetzen, ohne Abstimmung mit der Volksvertretung. Damit riskiert er Misstrauensvoten und gefährdet das Überleben seiner Regierungen. Sein strikt vertikaler Regierungsstil entfremdet ihm nicht nur Teilen seiner Partei und ihren Bündnispartnern, sondern nicht zuletzt auch der Wählerschaft selbst. Seine fehlende Sensibilität für soziale, zivilgesellschaftliche und umweltpolitische Anliegen setzt Macron schon 2018 fundamentaler Kritik durch die „Gelbwesten-Bewegung“ aus. Massendemonstration gegen ihn nehmen Ausmaße an wie unter der V. Republik zuletzt bei den Mai-Unruhen von 1968. *

(*) Otmar SEUL: Gelbwesten-Bewegung in Frankreich - eine politische Einschätzung
<https://www.france-blog.info/wp-content/uploads/2019/01/otmar-seul-gilets-jaunes-12-2018.pdf>

1. Reformen „von oben“, Widerstände „von unten“. Zur umstrittenen Bilanz von Präsident Emmanuel Macron, 2017-2022

Von Herkunft, Ausbildung und Karriere her ist Macron ein Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes. Gleichzeitig liberalen und konservativen Denkkategorien und Wertvorstellungen verhaftet, gilt er Vielen als „Präsident der Reichen“: bezeichnenderweise schafft er zu Beginn seines Mandates die Vermögensteuer ab und setzt die Liberalisierung des Arbeitsmarktes durch. Gewiss, das Land wird umgehend attraktiver für Investoren, mit der Konsequenz, dass massenhaft Ausbildungsplätze entstehen und die Arbeitslosigkeit auf 7,3% absinkt. Der Versuch, Wirtschaft und Gesellschaft mit einem liberalen Reformpaket noch „marktkonformer“ zu gestalten, zeitigt Folgen, die weiten Teilen der arbeitenden Bevölkerung und erst recht ihren verarmten Schichten nicht mehr zumutbar sind. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten wird zum Ventil für die Artikulierung genereller Unzufriedenheit über krasse soziale Ungleichheiten: Steuerlasten, Einkommens- und Kaufkraftverluste sowie die Defizite der Infrastrukturen im ländlichen Raum. Entwicklungen, die eklatanten Funktionsschwächen des Staates unter der V. Republik angelastet werden. Die Krise der „repräsentativen Demokratie“ ist im öffentlichen Diskurs kein Tabu mehr.

Der Eindruck verfestigt sich, dass Macron selbstherrlich „gegen das eigene Volk regiert“. Damit widerlegt er spektakulär das Credo seiner Bewerbung von 2017

um das höchste Staatsamt: er will die verkrusteten, von bipolarem *links/rechts*-Lagerdenken geprägten politischen Strukturen aufbrechen, indem er die bislang staatstragenden aber reformunfähigen Volksparteien (Gaullisten und Sozialisten) der Konkurrenz durch die Zivilgesellschaft aussetzt. Die Wähler folgen ihm und verschaffen seiner jungen Partei *La République en marche* auf Anhieb die absolute Mehrheit in der „Nationalversammlung“. In diesem personell zu 75% erneuerten Repräsentantenhaus treten viele Volkvertreter mit Berufs- anstatt Politikerfahrung ihr erstes Mandat an; bei spektakulärem Anstieg der weiblichen Abgeordneten auf fast 40%. Auch wenn die Polit-Neulinge in Parlament und Regierung vorwiegend aus den akademisch gebildeten Schichten der Zivilgesellschaft kommen, so scheinen, wie nie zuvor unter der V. Republik, die Weichen für bürgernahe Politik und *partizipative* Demokratie gestellt zu sein. Der junge Präsident sucht den *direkten* Dialog mit dem Bürger, um ihm die Perspektiven und Prioritäten, aber auch die Zwänge seiner Politik zu kommunizieren. Seine Strategie zielt darauf, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu verschlanken und zu beschleunigen, ohne an die bislang übliche, oft als lähmend empfundene „Interaktion“ mit Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Gebietskörperschaften und anderen „Zwischenkörperschaften“ (*corps intermédiaires*) gebunden zu sein. Mit dem Versuch der Marginalisierung der bisherigen „System“-Träger“ ergänzt Macron die repräsentative Demokratie um eine populistische Variante. Die von ihm proklamierte „Bürgerbeteiligung“ zwingt zu öffentlichen Informations- und Anhörungsmaßnahmen, bleibt jedoch für ihn selbst ohne bindende Wirkung – wie zum Beispiel die Empfehlungen des Klima-Bürgerrates „Convention citoyenne pour le climat“. Er demonstriert einen resoluten Führungsanspruch. Dass sein Regierungsstil letztendlich der „Demokratisierung“ von Staat und Gesellschaft wenig förderlich ist, zeigt sich an der Behandlung des Parlamentes. Obwohl er während seines ersten Präsidentschaftsmandats über die absolute Mehrheit verfügt, reduziert er dessen Aktivitäten weitgehend auf die einer Registrierkammer: von den Abgeordneten und Senatoren wird erwartet, dass sie die „von oben“ vorgegebenen Verordnungen zügig umsetzen. Die Erfahrung, bei Gesetzes- und Reformvorhaben nur beschränkt von ihren Mitspracherechten Gebrauch machen zu können, führt früh zur Desillusionierung vieler Parlamentsneulinge aus der Zivilgesellschaft.

Macrons liberale Reformpläne verlieren durch den plötzlichen Ausbruch der Covid 19-Pandemie (2020) und die Kontroversen über die Infektionsschutzmaßnahmen der Regierung vorübergehend an politischer Sprengkraft. Die Pandemie führt zeitweise zum Einbruch, aber in keiner Phase zum „Absturz“ der Wirtschaft. Der Präsident steigt gar in der Gunst der Bürger, nachdem seiner Regierung die Abfederung der Folgen des Coronavirus gelungen ist: sie legt ein großzügiges Kurzarbeitergeld auf und schnürt mehrere milliardenschwere Hilfspakete für besonders betroffene Branchen sowie einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Dass die Europäische Union auf

eine deutsch-französische Initiative hin für die Finanzierung eines Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der Folgen der Pandemie und dringlicher Anliegen wie Klimawende und Digitalisierung 2021 erstmals gemeinsame Schulden aufnimmt, gilt als Macrons größter außenpolitischer Erfolg. Da Frankreich seit Ende 2023 die höchste absolute Staatsverschuldung innerhalb der Union aufweist, besteht für den Präsidenten auch innenpolitisch dringender Handlungsbedarf: seiner erklärten Zielsetzung, den Haushalt zu sanieren und die Neuverschuldung bis 2027 unter drei Prozent zu drücken, will er während seiner zweiten Mandatsperiode nachkommen.

2. Eine parlamentarische Mehrheit für ein *republikanisches Regierungsbündnis*? Strategien gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Im Rahmen seines semipräsidentiellen Regierungssystems verfügt Frankreich über eine starke Exekutive, sofern sie auf einer absoluten Mehrheit in der „Nationalversammlung“ beruht. Bleibt also zu wissen, ob Macrons einsame Entscheidung vom 9. Juni, diese aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, der Bildung einer Regierung mit stabilerer parlamentarischer Mehrheit förderlich sein wird als bisher. Denn als Unterhaus im französischen Zweikammersystem ist die *Assemblée nationale* an der Gesetzgebung beteiligt und kann die Regierung per Misstrauensvotum stürzen. Schon die Wahlen zum Repräsentantenhaus von 2022, im Anschluss an seine Wiederwahl als Präsident, bringen Macron nur noch einen schwachen Rückhalt bei den Volksvertretern ein: er kann günstigstenfalls auf eine relative Mehrheit zählen. Ist dies nicht der Fall, so sieht er sich gezwungen, Gesetze, wie die unpopuläre Rentenreform, im März 2023, unter Berufung auf Verfassungsartikel 49.3 ohne parlamentarische Abstimmung zu verabschieden. Von Republikgründer Charles de Gaulle als Kontrollinstrument ersonnen, um die Exekutive nicht über Gebühr durch ein zerstrittenes oder renitentes Parlament am Regieren zu hindern, gilt diese Lösung allerdings nicht uneingeschränkt: sie kann durch einen Misstrauensantrag gegen die Regierung rückgängig gemacht werden und darf pro Sitzungsperiode lediglich dreimal Anwendung finden, ausgenommen bei Gesetzen zum Staatshaushalt. In ebendiesem Regelungsbereich fällt jedoch auch die Anhebung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre.

Die öffentliche Diskussion über die Gründe und Risiken von Macrons Auflösung der Nationalversammlung hält an und gibt Anlass zu Spekulationen über die Erfolgsaussichten seiner (im engsten Beraterkreis längst einkalkulierten) „Schocktherapie“. Mit seiner Entscheidung vom 9. Juni entspricht er wohlwissend einer ausdrücklichen Forderung des *Rassemblement National*: angesichts anhaltend hoher Umfragewerte mit über 30% Zustimmung während des Wahlkampfes kann sich die Le Pen-Partei bereits vor dem Urnengang eines

haushohen Vorsprungs gegenüber der Regierungspartei *Renaissance* sicher sein. Wenn der Präsident das demütigende Ergebnis noch am Wahlabend mit einer Gegenreaktion wegsteckt, so um seine Handlungsfreiheit zurückzugewinnen und die weitere Entwicklung vorzugeben: der „Schock“ soll die Nation wachrütteln und ihre republikanisch gesinnten Kräfte für ein breites Wahlbündnis gegen die äußerste Rechte mobilisieren. Die europäische Dimension von Macrons Strategie liegt auf der Hand. Die von ihm beschworene „Gefahr für Europa“ besteht in der unverhohlenen Absicht des *Rassemblement National*, mit fundamentalen Werten der Europäischen Union und rechtsstaatlichen Normen zu brechen. So will sie ihre Schlüsselforderung nach einem „Inländervorrang“ (*préférence nationale*) beim Sozialschutz im Falle eines Konfliktes mit dem Verfassungsgericht (*Conseil constitutionnel*) per Verfassungsänderung über ein Referendum oder auf gesetzgeberischem Wege durchsetzen.

Die Bildung einer breiten „republikanischen“ Allianz unter Führung der Regierungspartei gibt zur Skepsis Anlass. Sie ist für die umworbenen (in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie im Oberhaus, der Kammer des *Senats*, noch stark vertretenen) Sozialisten und gaullistischen Republikaner kein Thema: erstere spalten sich gerade, da sich ihr Parteivorsitzender mit wenigen Gefolgsleuten *Le Pens* Sammlungsbewegung anschließt; letztere formieren sich mit den anderen Linksparteien und den Grünen zu einer „Neuen Volksfront“ (*Nouveau Front populaire*), in Erinnerung an die legendäre Links-Allianz von 1936 und ihr Programm einschneidender Sozialreformen. In beiden Lagern wirkt die Demütigung nach, die sie zu Beginn von Macrons erstem Mandat erfahren, als dieser durch einen direkten Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure in die staatlichen Willensbildungsprozesse die Altparteien und die ihnen verbundenen „System“-Träger zu marginalisieren versucht. Dazu gehören auch die Gewerkschaften. Da Macrons liberale Arbeitsmarktreformen ihren Aktionsradius einschränken, sehen sie sich in ihrer Forderungsrolle bedroht. Die *Gelbwesten*-Bewegung von 2018 führt indes nicht zur Rehabilitierung des Syndikalismus: basisdemokratisch orientiert und strukturiert, erfüllt die Bewegung aus gewerkschaftlicher Sicht nicht die Voraussetzungen für eine „Aktionseinheit“. Eine Verweigerungshaltung, die auf Gegenseitigkeit beruht: die *Gelbwesten* begreifen sich als „unpolitisch“ und betrachten die Gewerkschaften als Teil des „Establishments“, das den „neoliberalen“ Umbau der Gesellschaft mitträgt. Die politische Sprengkraft der sozialen Proteste wirkt sich aber auf das Selbstverständnis des Präsidenten aus. Er inszeniert eine „große nationale Debatte“ über seine Reformpolitik und setzt gar eine *Bürgerkonvention* ein, deren Vorschläge und Forderungen er „ohne Filter“ zu übernehmen verspricht (ein Versprechen, das er nicht einhalten wird). Doch die Einsicht, Krisenlösungen und Kittung der „sozialen Risse“ nicht aus eigener Kraft bewältigen zu können, veranlasst Macron, sich auf die etablierten Träger der Zivilgesellschaft, die von ihm bislang weitgehend ausgegrenzten *Zwischenkörperschaften*,

zurückzubedenken: er kündigt die Rückkehr zum institutionalisierten „sozialen Dialog“ seiner Vorgänger an. Wenn er die Protestbewegungen der nächsten Jahre in „geordnete Bahnen“ zu lenken weiß, so vor allem, weil er die Gewerkschaften an den Verhandlungstisch bringt – allerdings ohne Aussicht auf konzertierte Aktionen. Im Gegenteil: in dem härtesten Volksprotest der jüngeren französischen Geschichte gegen die „von oben“ verordnete und 2023 autoritär durchgesetzte Erhöhung des Rentenalters, erweisen sich die Gewerkschaften als Speerspitze des zivilgesellschaftlichen Protestes. Es ist bezeichnend, dass sie - organisatorisch und ideologisch seit langem zersplittert – ihre Rivalitäten und Querelen überwinden und zur „Aktionseinheit“ zurückfinden. Die nicht minder gespaltene politische Linke scheint es ihnen in diesen Tagen nachzumachen, wo sie sich zur Abwehr von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zur Neuen Volksfront zusammenschließt - nach spektakulärer Demonstration ihrer programmatischen und strategischen Divergenzen noch während des kürzlichen Europa-Wahlkampfes.

Wahlen für die *Assemblée nationale* gründen auf dem Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen. Da die überstürzte Auflösung der Nationalversammlung zu raschen Neuwahlen nötigt, bleibt den Parteien wenig Zeit für die Ausformulierung von Regierungsprogrammen und für Kostenüberschläge mit nachvollziehbaren Beweisen, wie sie die hohe Staatsverschuldung abzubauen gedenken. Somit kommen diesen Wahlen vor allem einer Abstimmung über Identität und Wertvorstellungen der Parteien gleich. Im öffentlichen Diskurs setzt sich ihre Differenzierung nach „Blöcken“ durch, mit als wichtigsten Trägern: dem *Rassemblement National* und seinen Überläufern aus anderen Parteien (einer Allianz, der letzte Meinungsumfragen 36% der Stimmen prognostizieren); dem republikanischen Bündnis um Macrons bisherige Regierungspartei *Renaissance* (20%); den Resten der gaullistischen *Républicains*, die sich nicht der Le Pen-Partei angeschlossen haben (8%), sowie der *Neuen Volksfront* auf der Linken (29%). Deutet sich damit schon vor dem ersten Wahlgang die Möglichkeit an, dass sich, rein rechnerisch gesehen, in vielen Wahlkreisen doch noch eine „republikanisch“ gesinnte Majorität abzeichnet, der im Falle einer Stichwahl (7. Juli) die einfache Mehrheit der Stimmen zufiele? Eine Entwicklung, die neben einer Mobilisierung des Wählerpotenzials vor allem die Überwindung der bestehenden Blockbildung voraussetzt. Traditionsgemäß kommt es erst in Kenntnis der Ergebnisse des ersten Wahlgangs zur Diskussion der Bündnisfrage und zu entsprechenden Wahlabsprachen für die Stichwahl, für die 12,5% der Wählerstimmen qualifizieren. Es entstehen blockübergreifende Allianzen. Bei geringen Chancen auf den Gewinn eines Wahlkreises besteht die Möglichkeit zum Rückzug eigener Kandidierender, um eine Wahlempfehlung zugunsten des Bündnispartners, mit besseren Erfolgsaussichten, abzugeben. Ein Vorgehen (*désistement*), das sich bei einer schwachen Positionierung im Wahlkreis schon für den ersten Wahlgang anbietet, aber trotz seiner Dringlichkeit – angesichts der

Zersplitterung der oppositionellen „republikanischen“ Kräfte – erst kurz vor dem ersten Wahlgang öffentlich in Betracht gezogen wird: zu spät, um zu verhindern, dass die extreme Rechte bereits am 30. Juni mit absoluten Mehrheiten zahlreiche Parlamentssitze gewinnt?

Wie sehr sich die Fronten zwischen den Blöcken verhärten, zeigt der Wahlkampf. Mit eindringlichen Warnungen vor den „Extremen“ auf der Rechten wie auf der Linken will Präsident Macron seinem Land einen „Bürgerkrieg“ ersparen und verhindern, dass ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Pläne Anwendung finden. Als erste „Bedrohung“ sieht er die Le Pen-Partei an: mit ihrem „unbezahlbaren“ Katalog an Sofortmaßnahmen zur Verbesserung von Kaufkraft und Lebensbedingungen (u. a. zur Förderung der heimischen Landwirtschaft und medizinischen Versorgung des ländlichen Raums), sowie ihrer harten Linie in der Sicherheits- und Migrationspolitik, ihrem „Big Bang der Autorität“ (Jordan Bardella) in den Schulen und ihrer Infragestellung grundlegender Normen des Rechtsstaates und Identität und Werten der Europäischen Union. Genauso entschieden lehnt der Präsident aber auch das Maßnahmenpaket der *Neuen Volksfront* ab. In Opposition gleichermaßen gegen den *Rassemblement National* und das Macron-Lager, fordert sie einen Preisstopp für Grundbedarfsmittel, eine Erhöhung der Mindestlöhne, die Rückkehr zur Rente mit 60 Jahren, eine Übergewinnsteuer, die Anwendung der „grünen Regel“ zur Verbesserung von Umweltschutz und Lebensqualität sowie einschneidende Reformen auf dem Gesundheitssektor und im Schulbereich. Wenn die Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression nicht zu den Reizhemmen des Wahlkampfes gehört, so, weil sie von keinem Block grundsätzlich infrage gestellt wird. Macrons strategisches Konzept allerdings ist umstritten, da es das Risiko einer Eskalation des Konfliktes birgt: sowohl auf der extremen Rechten als auch auf der Linken, insbesondere in der Partei *La France insoumise* („Unbeugsames Frankreich“), werden die Lieferung von Raketen mit großer Reichweite und erst recht der Einsatz von französischen Bodentruppen in der Ukraine abgelehnt.

Eine besondere Zielscheibe der Kritik ist für das Präsidenten-Lager zweifelsohne *La France insoumise* (LFI), seitdem ihr Parteigründer Jean-Luc Mélenchon mit seinem linkspopulistischen und europaskeptischen Diskurs bei den Präsidentschaftswahlen von 2022 spektakuläre 21,95% der Stimmen erreichte, das seit Jahren beste Ergebnis der französischen Linken. Vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konfliktes werden Mélenchon und andere Vertreter der Partei wegen ihres entschiedenen propalästinensischen Eintretens („Stoppt den Genozid“) des Antisemitismus bezichtigt. Die Lösung des Nahostkonfliktes aber ist ein prioritäres Anliegen für die gesamte *Neue Volksfront*: in ihrem 10 Punkte-Wahlprogramm fordert sie einen „sofortigen Waffenstillstand“ und die Anerkennung des Staates *Palästina*. Sie hält dem Macron-Lager vor, die Polemik aus wahltaktischen Gründen zu inszenieren, um es zu spalten und seine liberalen

und sozialdemokratischen Komponenten zu sich hinüberzuziehen. Das Bündnis apostrophiert sich hingegen als einzige Alternative von politischem Gewicht im Kampf gegen den Rassismus und seine Varianten Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Inspiriert von Bernie Sanders, dem US-amerikanischen Linkspopulisten und Partner der regierenden *Demokratischen Partei* (eher klassischen sozialdemokratischen Zuschnitts), punkten Mélenchon und seine 2016 gegründete Partei mit ihrem sozial- und kulturpolitisch akzentuierten Programm vor allem in den von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägten französischen Vorstädten (banlieues), mit ihrem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Als einzige Partei respektiert *La France insoumise* auf der Kandidaten-Ebene das französische Paritätsgesetz mit seiner Forderung nach Gleichstellung von Frauen und Männern.

Letzten Meinungsumfragen zufolge behält die *Neue Volksfront* einen klaren Vorsprung (29%) vor der Regierungspartei und ihren Verbündeten (20%). Bei starker Mobilisierung ihrer aller Wählerschaft könnte ein konsequentes Zusammengehen der beiden Blöcke vielerorts zur notwendigen einfachen Mehrheit im 2. Wahlgang führen – zu Lasten der extremen Rechten. Eine faktisch „republikanische Front“ unter Einschluss der *France insoumise*, wie sie in der Vergangenheit funktionierte, müsste dann aber nicht nur vom Macron-Lager, sondern demonstrativ auch von den Wählern des Linksbündnisses getragen werden. Hier aber bahnt sich ein Bruch mit der Tradition an: die *Neue Volksfront* muss mit erheblichen Stimmverlusten (infolge von Enthaltungen) rechnen hat, seitdem Mélenchon bei vielen ihrer Stammwähler und Sympathisanten ins politische Abseits geraten ist. Sein eigensinniger, unausgewogener Politstil, sein antisystemisches Politikverständnis machen ihn schlechtweg nicht länger „wählbar“, weil ihm die für die Entwicklung einer parteiübergreifenden Bündnisstrategie erforderliche Konsensfähigkeit abgesprochen wird. Folglich legt sich *La France insoumise* im Wahlkampf eine gewisse Zurückhaltung auf und repräsentiert, nach mäßigem Abschneiden bei den Europa-Wahlen (9,89%), das Linksbündnis gezielt kollegial mit Führungspersönlichkeiten aus allen Partnerparteien. Die *Neue Volksfront* besteht auf ihrer Forderung nach Regierungsverantwortung. Einer „Kohabitation“ mit dem Präsidenten wäre bei einer absoluten „republikanischen“ Parlamentsmehrheit – eventuell unter Einbezug der gaullistischen *Rest-Republikaner* - die Legitimität nicht abzuspochen. Denn der Rassemblement National hat längst angekündigt, dass sein Spitzenkandidat Jordan Bardella bei fehlender „majorité absolue“, die ihm zustehende Regierungsübernahme ablehnen wird, da sie ihm nicht die zur Durchsetzung seiner Politik erforderlichen Kompetenzen gewährt.

3. Eine „Kohabitation“ mit Lernprozessen für den Präsidenten ?

Käme als Alternative eine bi- oder gar tripartistische Regierung eines „republikanischen“ Blocks in Betracht, müsste Präsident Macron eine ihm bisher nicht nachgesagte Lernbereitschaft an den Tag legen, nämlich unter Verzicht auf seinen bisherigen direktiven und vertikalen Führungsstil zu einem kooperativen, auf Konsens ausgerichteten Politikverständnis finden. Nicht zufällig empfiehlt Raphaël Glucksmann, seit den Europa-Wahlen neuer Hoffnungsträger der französischen Sozialdemokraten (13,8 % *Parti socialiste/Place publique*), keinen Parteipolitiker zum *Premierminister* zu ernennen, sondern mit Laurent Berger - bis April 2023 Generalsekretär von Frankreichs größter Gewerkschaftsorganisation CFDT und Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes - eine anerkannte Persönlichkeit der Zivilgesellschaft. Ihm werden mit Blick auf seine Führungs- und Verhandlungsrolle in den sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre – im Dialog sowohl mit dem Gewerkschaftslager als auch mit den Arbeitnehmerorganisationen – die Qualitäten bescheinigt, die Frankreichs politische Klasse so sehr vermissen lässt: soziale Sensibilität, Dialog-, Konsens- und Kompromissfähigkeit.

Man ist versucht, auf die demokratische Tradition der „Kultur“ des Ausgleichs jenseits des Rheins hinzuweisen. Bei dem bundesweiten Schock über die Zugewinne der *Alternative für Deutschland* bei den Europawahlen, die trotz der vorangegangenen Massendemonstrationen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zur zweitstärksten Kraft aufsteigt, scheint eine kleine Meldung aus der AfD-Hochburg Thüringen (30%) untergegangen zu sein. Sie besagt, dass sich am selben Tag 9 AfD-Kandidat*innen Stichwahlen um Landratsposten stellten und überall der Allianz der demokratischen Parteien unterlagen.

Warum sollte sich die Mehrheit der wachgerüttelten französischen Wähler bei dieser „Schicksalswahl“ nicht auf die „republikanischen“ Werte und Traditionen seines Landes besinnen ?

Paris, den 29. Juni 2024

© Prof. em. Dr. Dr. h. c. Otmar Seul, Universität Paris Nanterre, FB LCE / FB Rechts- und Politikwissenschaften, 200 av. de la République - 92001 Nanterre Cedex

